

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Sozialdemokratie für soziale Aufwertung.

Sozialdemokratische Grundsätze. — Bildung eines Sozialfonds.

In der Sitzung des Aufwertungsausschusses vom Mittwoch wurde zunächst mitgeteilt, daß der Reichsfinanzminister Dr. Luther bereit sei, vor dem Ausschusse zu erscheinen. In der dann fortgesetzten Generaldebatte sprach zunächst Genosse Kell. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen des Ausschusses habe das Problem nicht geklärt. Nur ein negatives Ergebnis sei zu verzeichnen: Kein Mitglied sei bisher aufgetreten für 100prozentige Aufwertung. Auch die Gesandtenwürde von Best und Mügl gehen nicht von 100prozentiger Aufwertung aus. Deshalb könne man nicht von einer Wiederherstellung des Rechts reden.

Die deutsche Steuerreformordnung hat die Schuldner ungleich behandelt. Die generelle Aufwertung ist zwar richtig, aber die Schuldner sind auf Kosten der Gläubiger bevorzugt worden. Zugleich ist ein unerträglicher Unterschied zwischen den einzelnen Gläubigergruppen gemacht worden. Die Spareinlagen, Lebensversicherungsansprüche usw. sind gegenüber den Hypothekengläubigern benachteiligt. Ganz als Nebenbedel werden die Ansprüche aus öffentlichen Anleihen behandelt.

Die Neuregelung muß ausgehen von sozialen Gesichtspunkten, auch müssen alle Geschädigten gleich behandelt werden. Die Durchführung dieser beiden Gesichtspunkte darf aber nicht zu einer Erschütterung der Währung führen, da dadurch sowohl denen, die ihr Vermögen bereits verloren haben, ein schlechter Dienst erwiesen würde, als auch denen, die es noch verlieren würden.

Durch die Aufwertung darf ferner keine neue Belastung der Lohn-, Gehalts- und Renteneinzüger eintreten.

Diese Schicht hat bereits bisher die größten Schäden erduldet. Die Masse der Bevölkerung ist verarmt, ihre sozialen Einrichtungen schwer erschüttert, ihr Einkommen bleibt weit hinter der Vorkriegszeit zurück und sie haben bisher die relativ vollwertigsten und höchsten Steuern gezahlt. Die Sozialdemokratie wird daher jede Neuregelung der Aufwertungsfrage, die mit einer Neubelastung der Massen verbunden ist, aufs schmerzhafteste bekämpfen. Es darf auch keine neue Wirtschaftskrisenherdung geben, denn sie vergrößert die Arbeitslosigkeit.

Die Grundsätze der Sozialdemokratie für die Neuregelung der Aufwertung berücksichtigen diese Gefahren und steuern vor allen Dingen dem Ziele zu, allen Geschädigten in gleichem Maße zu helfen. Ueber die Einzelheiten unserer Vorschläge kann verhandelt werden. Die Prinzipien aber dürfen den einzigen Weg darstellen, auf dem sich eine erträgliche Lösung des schwierigen Problems erreichen läßt. Unser Vorschlag sieht vor, daß Hypotheken- und Obligationenschuldner eine höhere Aufwertung zu tragen haben, etwa 25 Prozent. Das Mehr gegenüber dem bisherigen Satz von 15 Proz. soll in einen Sozialfonds fließen, dem zugleich eine gestaffelte Abgabe von den Vermögenssteuerverpflichtigten zugeführt wird, die in den Inflationsjahren ihr Vermögen gerettet oder vermehrt haben. Bezüglich der Verwendung des Sozialfonds schlagen wir vor, daß den Institutionen Beiträge gewährt werden, die jetzt nicht auf 15 Proz. aufwerten können, damit die Sparkasseneinleger, die Pfandbriefbesitzer, die Versicherten usw. ebenso wie die Hypothekengläubiger eine 15proz. Aufwertung erhalten.

Der jetzige Zustand, bei dem die Spareinlagen im Durchschnitt nur mit zwei bis drei Prozent aufgewertet würden, verletzt das Rechtsempfinden. Die Zurücksetzung dieser Schichten gegenüber den Hypothekengläubigern ist auch nicht berechtigt, weil bei den kleinen Sparern sicherlich die soziale Notlage mindestens so groß ist wie bei den Hypothekengläubigern. Will man aber die Sparkasseneinleger ebenso aufwerten wie die Hypothekengläubiger, so bleibt kein anderer Weg als der Sozialfonds. Niemand hat bisher auch eine sonstige Möglichkeit gezeigt. Unser Vorschlag enthält zugleich eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen. Der von anderer Seite vorgeschlagene Weg ist bedenklich, weil für eine, wenn auch noch so geringe Verzinsung Steuerermittel bereitgestellt werden müßten, die bei den jetzigen politischen Machtverhältnissen kaum anders als durch eine Massenbelastung ausgedrückt werden wird. Wir schlagen vor, daß der Zinsendienst für die öffentlichen Anleihen aufgenommen wird in demselben Maße wie die anderen Forderungen. Die Mittel sind aus dem Sozialfonds zu entnehmen. Es muß außerdem Vorkehrung getroffen werden, daß die entstehenden Ansprüche distinktiert werden können.

Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen kann aber nicht generell geschehen, sondern muß begrenzt werden auf eine bestimmte Höhe und abhängig gemacht werden von der sozialen Lage des Anspruchsberechtigten.

Damit entsteht ein gesellschaftliches Recht auf Fürsorge, nicht etwa ein Almosen, das wir entschieden bekämpfen müssen. Wir verlangen ferner, daß die Ansprüche ausgestellt werden mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1922 ab. Das Unrecht, das durch die schroff ablehnende Haltung des früheren volksparteilichen Reichsfinanzministers Dr. Heinze entstanden ist, muß wieder gut gemacht werden.

Die von der Regierung gegen unsere Vorschläge erhobenen Einwendungen halten wir nicht für stichhaltig. Insbesondere ist die Abgabe auf die Vermögen durchaus möglich, und sie kann auch so ertragreich gestaltet werden, daß eine soziale Aufwertung geschehen kann. Die Durchführung unserer Vorschläge ist geeignet,

die soziale Moral zu stärken, die schwere Not zu beheben und vermeidet die Gefahren, die mit anderen Aufwertungsmoegen verknüpft ist.

Der Antrag über die Grundsätze der sozialdemokratischen Forderung zur Aufwertungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Entschädigungsberechtigt sind diejenigen physischen und juristischen Personen, die bis zum 31. Dezember 1920 im Besitze von auf Papiermarkt laufenden Forderungen aus Hypotheken, Obligationen, Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen, Sparkasseneinlagen (Zarissparcassen), Lebensversicherungen und Pensionskassen gewesen sind.

2. Die Aufwertung der Hypotheken wird auf 25 v. H. erhöht mit der Maßgabe, daß dieser Aufwertung auch diejenigen Forderungen unterliegen, die nach dem 1. Juli 1922 zurückerstattet worden sind. In bezug auf die ersten 15 v. H. der Aufwertung bleiben die Bestimmungen der dritten Steuerreformordnung in Kraft. 10 v. H. des aufgewerteten Betrages fließen in einen Sozialfonds.

3. In den Sozialfonds fließt der Betrag einer neu einzuführenden Vermögenszuwachssteuer. Die Zuwachssteuer zahlen alle zur Vermögenssteuer Veranlagten, deren Vermögen gegenüber 1913 mindestens 50 v. H. beträgt.

4. Aus den Beträgen des Sozialfonds werden Lebensversicherungsanstalten, Pensionskassen und Sparkassen Beiträge gewährt zu dem ausschließlichen Zwecke der Aufwertung der Forderungen der Versichererten und Sparer. Die Aufwertung findet in Form der Verzinsung und verstärkten Tilgung der Forderungen statt. Diese Forderungen sind auf Verlangen der Berechtigten in diskontierbare Schuldtitel zu verwandeln. Die Aufwertung findet zunächst in der Höhe von 15 v. H. statt.

5. Die Mittel des Fonds werden in erster Linie verwendet zur Aufwertung der Beträge bis zu 5000 M. bei denjenigen Personen, deren Einkommen 3000 M. nicht überschreitet. Die über diesen Betrag verbleibenden Mittel des Sozialfonds werden in erster Linie verwendet zur Erhöhung der sozialen Renten.

Abg. Dr. Gerland (Dem.) unterstützt im wesentlichen den Antrag Fleischer und verlangt frühere Kapitalisierung. Der Nationalsozialist Feder hält eine unverständliche Rede über Abschaffung der Zinsnechtschaft. Die 100prozentige Aufwertung sei ohne inflationistische Gefahren möglich. Auf einen Einwand, daß das doch die Wiederherstellung von Kriesevermögen bedeute, gibt er den Grund für die 100prozentigen Aufwertung preis.

Sodann beantragt die Deutsche Volkspartei die Einsetzung eines Unterausschusses. Sie wird beschloffen, nachdem der Reichsfinanzminister Luther dem Ausschuss erklärt hatte, daß auch das Finanzministerium bereit sei, sich an den Arbeiten des Unterausschusses zu beteiligen.

## Die Gutachten-Gesetze.

### Gesetzentwurf über die Industriebelastung.

(Nach den Beschlüssen des Organisationskomitees für die Industrie-Obligationen.)

#### 1. Kreis der Belasteten.

Die im Sachverständigenbericht vorgesehenen Jahreseinkünfte, die zur Verzinsung und Tilgung der 5 Milliarden Goldmark erforderlich sind, werden auf die Unternehmer industrieller Betriebe, zu denen Bergbau, Schiffahrt und Bahnunternehmer (Privatbahnen, Kleinbahnen und Straßenbahnen) hinzugerechnet werden, nach Maßgabe des zur Vermögenssteuer veranlagten Betriebsvermögens umgelegt. In Höhe der hiernach auf den einzelnen Unternehmer entfallenden Last hat dieser Obligationen auszustellen. Zur Verbreiterung der Grundlage und damit zur Erleichterung der Last für den Einzelnen beabsichtigt die Reichsregierung, im Wege eines besonderen Gesetzes zur internen Aufbringung der Zins- und Tilgungskosten auch noch andere Kreise, insbesondere die Banken, den Handel, die Versicherungsunternehmungen, das Hotelgewerbe und die Verkehrsunternehmungen, soweit sie nicht in Schiffahrt und Bahnbetrieben bestehen, heranzuziehen. Als Mindestgrenze des Betriebsvermögens, das der Belastung unterliegt, sind vorläufig 50 000 Goldmark festgesetzt worden mit der Möglichkeit der Abänderung dieser Mindestgrenze, wie auch die Möglichkeit gegeben ist, andere Betriebe, die für die Belastung offenbar ungeeignet sind, auszunehmen.

#### 2. Umlegung der Last.

Die einzige zurzeit vorhandene Grundlage für die Umlegung bildet, wie schon erwähnt, die Veranlagung zur Vermögenssteuer für das Jahr 1924. Nach Maßgabe späterer Veranlagungen zur Vermögenssteuer wird die Belastung neu umgelegt und es werden die ausgestellten Einzelobligationen mit Ausnahme der später zu erwähnenden veräußerlichen Einzelobligationen entsprechend berichtigt. Den vier großen Industriegruppen, nämlich der Schwerindustrie, der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie, der chemischen Industrie und der Textilindustrie, sind gewisse Mindestgrenzen für den Anteil vorgeschrieben, den sie an der Gesamtlast tragen sollen, und die nicht um mehr als 10 Proz. unterschritten werden sollen. Diese Mindestgrenze beläuft sich für die Schwerindustrie auf 20 Proz., für die Maschinen- und elektrotechnische Industrie auf 17 Proz., für die chemische Industrie auf 8 Proz. und für die Textilindustrie auf 7 Proz. der Gesamtlast. Die Möglichkeit der Korrektur dieser Mindestgrenze ist in weitem Maße, letzten Endes durch Entscheidung eines unparteiischen Schiedsgerichts, gegeben.

#### 3. Ausstellung von Einzelobligationen.

Von den schon erwähnten Einzelobligationen bleibt ein Betrag von 4 1/2 Milliarden unbedingt im gemeinsamen Gemehsam des Treuhänders und der Bank und kommt nicht auf den internationalen Goldmarkt. Nur in Höhe von 500 Millionen Goldmark kann der Treuhänder Einzelobligationen veräußern. Diese veräußerlichen Einzelobligationen werden aus der Gesamtzahl in der Weise ausgewählt, daß der Treuhänder von den größten Betriebsunternehmern, deren Belastung zusammen 1 1/2 Milliarden Goldmark ausmacht, je in Höhe von 50 Proz. ihrer Belastung, im ganzen also für 750 Millionen Goldmark, die Ausstellung von veräußerlichen Obligationen verlangen kann. Von diesen Obligationen kann er aber nur bis zu 500 Millionen Goldmark veräußern und muß

den betreffenden Unternehmern vorher Gelegenheit geben, selbst die Obligationen zu erwerben.

#### 4. Die Bank und die Industriebonds.

Diejenigen Obligationen, die nicht in Gestalt von Einzelobligationen an den Markt kommen, dienen lediglich als Unterlage für die Ausgabe von sogenannten Industriebonds durch die deutsche Industrie-Obligationen-Bank. Sie sind der besseren Veräußerlichkeit halber in verschiedenes ausgestattete Serien eingeteilt und werden dem Treuhänder zur Verwertung übergeben.

Die Bank ist eine Aktiengesellschaft, die von der Industrie unter Beteiligung der Banken mit einem Kapital von 10 Millionen Goldmark gegründet wird und in der die deutsche Majorität gesichert ist, während die Interessen der reparationsberechtigten Staaten und der Anleihegläubiger durch ausländische Mitglieder des Aufsichtsrats wahrgenommen werden. Zins- und Tilgungsraten werden von den Einzelunternehmern an die Bank und von der Bank, soweit die Industriebonds und die veräußerlichen Einzelobligationen in Frage kommen, für Rechnung des Treuhänders an den Agenten für die Reparationszahlungen gezahlt. Durch diese interne Zahlung werden Unternehmer und Bank entsprechend den im Sachverständigengutachten über den sogenannten Transfer getroffenen Bestimmungen von ihren Verpflichtungen befreit.

#### 5. Sicherung.

Die Ansprüche aus den Einzelobligationen werden auf dem Grundbesitz der betroffenen Unternehmer durch eine öffentliche Lastdinglich gesichert. Im übrigen genießen sie im Konkurs die Vorrechte des Fiskus. Die öffentliche Last ergreift bis zur Höhe der Belastung an erster Stelle den vorhandenen Grundbesitz unbeschränkt. Doch kann im Falle übermäßiger Belastung und dadurch hervorgerufener Beeinträchtigung sowohl des Kredites der Unternehmer als auch wohlverworbener Rechte Dritter eine angemessene Verteilung oder Herabsetzung der dinglichen Last durch den Treuhänder vorgenommen werden. Die öffentliche Last entsteht kraft Gesetzes und bedarf nicht der Eintragung. Auf Antrag wird sie jedoch eingetragen. Ueberdies wird von Amts wegen ein allgemeiner Vermerk über die Haftung des Grundstücks für Reparationslast eingetragen.

#### 6. Der Treuhänder.

Gemäß dem Sachverständigengutachten wird die Reparationskommission den Treuhänder ernennen, dem die Industriebonds und die veräußerlichen Einzelobligationen übergeben werden und der in Gemeinschaft mit der Bank die Deckungsobligationen verwahrt, den Zinsendienst regelt und überhaupt die Durchführung des Planes der Sachverständigen beaufsichtigt.

#### 7. Rücklauf.

Die Kosten, die dieser Teil des Sachverständigengutachtens der deutschen Wirtschaft auferlegt, können vorzeitig abgelöst werden, und zwar kann die Bank ihre Industriebonds jederzeit im freien Markt aufkaufen und veräußern, vom Jahre 1937 ab überdies die gesamte Anteile kündigen. Auch die Einzelunternehmer können die von ihnen ausgestellten Einzelobligationen zurückkaufen, und zwar nach ihrer Wahl durch Bezahlung von Gold, Devisen oder deutschem Geld, solange dieses die Goldparität hält. Sie können auch Industriebonds zum Rennerwert in Zahlung geben. Durch die Ablösung befreien sich die Unternehmer in Höhe der abgelösten Summe für immer. Erhöht sich bei künftigen Umlegung ihre Belastung infolge Anwachsens des Betriebsvermögens,



# Erläuterung des Macdonald-Briefes.

Zur Verhütung von Paris.

Paris, 20. August. (W.B.) Der Duc d'Orléans (das Außenministerium) hat aus Anlaß des nachträglich veröffentlichten Briefes Macdonalds an Herriot und Theunis über die militärische Besetzung des Ruhrgebietes der Presse Erklärungen abgegeben, aus denen „Echo de Paris“ folgendes mitteilt: Der Brief Macdonalds an Herriot und Theunis darf nicht als ein unfreundlicher Akt gegenüber Frankreich aufgefaßt werden; er wurde bereits am vorigen Sonnabend an Herriot und Theunis gerichtet. Macdonald ließ ihn jedoch in der Annahme wieder zurückzulegen, daß er für den Erfolg der Verhandlungen hinderlich sein könnte; dann ließ er ihn nachmittags um 5 Uhr, als die Konferenz abgeschlossen war, von neuem überreichen. Der Brief konnte die französische Delegation nicht überraschen, denn es war jetzt für niemand ein Geheimnis, daß die letzten Verhandlungen äußerst heikler Art waren. Sobald man erfahren hatte, daß die Konferenz den französischen Vorschlag über die Räumung des Ruhrgebietes nach Ablauf eines Jahres angenommen hatte, erhob die deutsche Presse ein großes Geschrei und Macdonald war in seinem eigenen Kabinett (lies: Snowden! Red.) Gegenstand der heftigsten Angriffe. Macdonald wollte durch die Veröffentlichung des Briefes zeigen, daß, entgegen dem, was seine Gegner behaupten, auch er selbst seine Haltung nicht gewechselt hat.

Diese Erklärung des Macdonald-Briefes als einer Geste grundsätzlicher Rechtsverwahrung soll den Sturm beschwichtigen, den die Poincaristen entfacht haben und unter dem die schwankenden Gestalten der Linksmehrheit, vor allem die 42 Loucheur-Leute, sich zu beugen scheinen.

## Snowdens Kritik.

London, 20. August. (W.B.) Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht ein Interview mit dem Schatzkanzler Snowden. Dieser erklärte, daß er in zwei Punkten nicht mit den Beschlüssen der Londoner Konferenz übereinstimme. Nach dem Versailles-Vertrag sei Deutschland gezwungen, bis zum Jahre 1920 Sachleistungen zu leisten. Nach diesem Zeitpunkt fällt diese Demütigung weg. Nach dem Londoner Abkommen aber müssen die obligatorischen Lieferungen von Kohlen, Holz und Holzwaren auch nach weiterhin fortgesetzt werden. Der zweite Punkt der Londoner Beschlüsse, den er nicht genehmigen könne, habe auf die Reparationsgelder innerhalb Deutschlands Bezug. Alle Delegationen, mit Ausnahme der französischen, seien darin einig gewesen, daß solche Anträge innerhalb Deutschlands wenig wünschenswert seien. Nur Frankreich habe auf die Annahme dieser Bestimmung gedrungen. Ueber die Ruhrbesetzung erklärte Snowden: Ich habe nie begriffen, weshalb das Ruhrgebiet auch nur einen einzigen Tag nach der Durchführung des Dawes-Planes besetzt bleiben sollte. Die einzige Entschuldigung wäre gewesen, daß die französische öffentliche Meinung eine sofortige Räumung nicht zuließe. Ich weiß nicht viel über die öffentliche Meinung in Frankreich. Ich weiß aber, daß es sich in dieser Angelegenheit in der Hauptsache um die Meinung Poincarés und Boucheurs gehandelt hat. Dieser letztere ist nach London gekommen, um die Haltung Poincarés zu unterstützen und er wurde vom Privatsekretär Poincarés, der ebenfalls nach London gekommen war, unterfützt. General Nollet hat auf der Beibehaltung der Truppen an der Ruhr bestanden, aber nicht aus Reparationsgründen, sondern aus Gründen der Sicherheit. Dieses Argument wird aber in einem Maße nach ebensoviel Gewalt haben wie heute. Die Wahrheit ist, daß die französischen Industriellen, deren Führer Loucheur zu beabsichtigen, gewisse deutsche Industrien unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie machen nicht einmal die geringste Anstrengung, um diese Absicht zu verbergen. Es liegt eine große Gefahr darin, daß politische Mittel zur Anwendung kommen, um dieses Ziel zu erreichen. Das zwischen Frankreich und Deutschland geplante Handelsabkommen ist vor allem ein politisches Instrument und bedroht in erster Linie England.

## London im Auswärtigen Ausschuss.

Die Delegation erstattet Bericht.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute nachmittags 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach Rückkehr der deutschen Delegation von der Londoner Konferenz zusammen. Als Vertreter der Reichsregierung waren zu Beginn der Sitzung anwesend: Reichsminister Rath, Außenminister Dr. Stresemann, Finanzminister Dr. Luther. Vom Ausschuss selbst nahmen nachstehende Mitglieder an den vertraulichen Verhandlungen teil: von den Deutschnationalen Hergt, Graf v. Westarp, Ballaf, Dr. Hoejch, und Dr. Reichert, von den Sozialdemokraten: Weis, Müller, Franke, Dittmann, Dr. Breitscheid und Dr. Hilferding; von der Deutschen Volkspartei: Freiherr v. Rheinbaben, Dausch-Hamburg und Dr. Curtius; von den Nationalsozialisten: von Graefe, Graf zu Reventlow; von den Demokraten: Graf v. Bernstorff, Dr. Haas-Aden; von der Bayerischen Volkspartei: Graf von Lerchenfeld; von der Wirtschaftspartei: Dr. Bredt und von den Kommunisten: Roenen, Münzenberg, Glöckler und Frau Gohlf. Als erster Redner ergriff Reichsminister Rath das Wort, worauf Außenminister Dr. Stresemann und Finanzminister Dr. Luther sprachen. Die Verhandlungen dürften längere Zeit in Anspruch nehmen.

## Herriot hält sein Wort.

Der Abbau der Reichs.

Dortmund, 20. August. (W.B.) Das Reichsbahnverkehrsamt Dortmund teilt mit: Mit sofortiger Wirksamkeit werden Zolleinbehalte der Eisenbahn (Vorfahrungs-, Abfertigungs-, Scheid- und Formulargebühren) im Verkehr von und nach der Regie auf Reichsbahnübergängen von der Reichsbahn nicht mehr erhoben.

## Der Volksscheid in Schaumburg-Lippe.

Büdingen, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der vom Ordnungsrat beantragte Volksscheid, für den die Regierung den Stichtag auf den 24. August festgelegt hat, richtet sich in erster Linie gegen die sozialdemokratische Mehrheit, die der Ordnungsrat unter allen Umständen beseitigen möchte. Die Verbindung der Telegraphen-Union, wozu es sich bei der Auseinandersetzung in Schaumburg-Lippe in erster Linie um die Selbständigkeit von Schaumburg-Lippe handelte, ist treführend.

Vollständiger Nord in Sofia. Der frühere Sekretär der kommunistischen Organisation, Samolov, der vor kurzem amnestiert wurde, ist am hellen Tag in seiner Villa ermordet worden.

Glückwünsche zum Londoner Vertrag hat der Reichspräsident vom Präsidenten Arturo Alessandri der Republik Chile erhalten und dankend beantwortet.

## Nacharbeit in der Filmstadt . . .!

An der Filmstadt in Neubabelsberg wohnen wir. Nacht ihr abend! — In eine gedankenschwere Arbeit vertieft sitze ich am Schreibtisch. Draußen tiefer Friede über märkischem Kleefeld. Da! — ra-da-ra-da-ra-da — — — buml buml! Pl-Pl-Pl! Zwei leuchtende Raketen ein Hüllentlärm, als wären alle Teufel los. Abend für Abend daselbe Lied. Meine Frau sieht mich von der Seite an. Sie weiß, daß ich jedesmal in diesem Moment wie ein rasender Stier aufspringe, „verdammt Affenslang!“ brülle und in einem endlosen Redeschwall Betrachtungen darüber anstelle, wieviel Kerger und Jörn die Filmgesellschaft mit ihrem blöden Lärm bei den Unmöglichen heranzieht, wieviel vor Schreck zerschlagenes Glas und Porzellan, wieviel Tehermürnisse, und — wieviel Geld dazu nötig wäre, um das alles wieder einigermaßen gutzumachen. Das Ergebnis ist gewöhnlich für uns beide ein Anspruch auf eine vierwöchige Erholungsreise nach Meran oder Berchtesgaden. Aber mit der „Ruhe im Borori“ ist es gründlich vorbei. Es ist unmöglich, einen Gedanken zu fassen, und es kommt so, wie es fast jeden Abend kommt: Nach einigem Hin und Her machen wir uns auf und hin zu dem Ort des Spektakels. Was anderes kann man doch nicht mehr unternehmen. Nun lauern wir am hohen Stachelstraßenbaum der Filmstadt umher und schauen angelegentlich in die Scheinwerferbele. Da stehen aus Holz, Papp und Gips erbaute Wolkenträger, dreißig Stockwerke hoch, dahinter eine trohige Ritterburg aus ältester Zeit. Dort vor einem auf eine Niesleinwandfläche gemalten Ozean, ein Drogenschiff der Wikinger, gleich daneben ein indisches Bungalow und ein Kolonialbrunnen. Unter einem Schuppen ein Stück brasilianischen Urwaldes von derselben Materie wie der Ozean. — Als wenn die Sehenswürdigkeiten aller Zeiten und Länder einen Verein aufgemacht hätten. Die ganze Aufmerksamkeit erregt der gepfeiferte Platz vor dem Wolkenträger; dort erzeugen vier Feuerwehrlente einen künstlichen Regen, Autos rasen vorüber, jetzt kommt ein richtiger vollbesetzter Autobus, dazwischen Fußgänger mit Regenschirmen. Anscheinend soll es eine Rem Lorker Straßenszene bei Regenwetter sein. Im Hintergrunde zählt eine Donnerstimme: „Hierundzwanzig, fünfundsiebzig, sechsundzwanzig“. In einer geheimnisvollen Kiste türben zwei Männer in weißen Kitteln. Dazwischen ein Knattern, Brüllen, Säusen. „Sieh da, Thomas!“ ruft meine Frau entzückt und deutet mit der Hand nach vorn, „dort die feinen künstlichen Menschen aus Holz, ach und dort das kleine Auto, wie niedlich!“ Ich sehe natürlich gar nichts, beim besten Willen nicht. Mir wird die Sache über. Ich schütze Kopfschmerzen vor, damit wir endlich wieder nach Haus kommen . . .

So geht es nun schon den ganzen Sommer, Tag für Tag; damit sich später einmal hundertaufend Menschen die Köpfe darüber zerbrechen können, wie „die Filmontets das wohl gemacht haben“, müssen wir unseren Abendfrieden und unsere Nachtruhe hingeben. Manchmal wünsche ich die Auflösung in das Nirwana.

## Ein wildgewordener Chauffeur.

Zwei Personen überfahren und schwer verletzt.

Das wilde und rücksichtslose Fahren eines anscheinend angekränkelten Chauffeurs fegte die Passanten der Bibauer und Revaler Straße gestern abend in helle Empörung. Der Unmenschen überfuhr einen siebenjährigen Knaben und eine 20jährige alte Frau, die mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Um ein Haar hätte er auch noch einen Motorfahrer überfahren, dessen Rad jedoch vollkommen zertrümmert wurde. Das Auto führte die Nummer A. I. 14537.

Das Auto kam in wilder Fahrt die Bibauer Straße her, untergefahren und fuhr in rasendem Tempo vor dem Hause Nr. 9 auf den Bürgersteig. Hierbei wurde der sieben Jahre alte Johann Jablonki überfahren und an Kopf und Beinen schwer verletzt. Durch den Schwingung, mit dem der Chauffeur auf den Bürgersteig gefahren war, geriet er noch in die Fensterscheibe der Firma Rüdner u. Fabig, die er vollkommen zertrümmerte. Als er gefahren, was er für Unheil angerichtet hatte und Passanten herbeigeeilt waren, um den Chauffeur festzustellen, fuhr er in wildem Tempo rückwärts vom Bürgersteig wieder herunter. Dabei fuhr er die 59 Jahre alte Frau Hedwig Siebeck aus der Koppenhagener Straße 19 um. Auch sie erlitt schwere Verletzungen am Hals und an den Beinen. Ohne sich um die angefahrenen Menschen nun zu kümmern, fuhr der Autofahrer weiter, der, von entgegengesetzter Richtung kommend, in die Revaler Straße ein. Hierbei fuhr er einen Motorradfahrer, der von entgegengesetzter Richtung kommend, in die Bibauer Straße einbiegen wollte. Das Auto schob das Motorrad, fuhr darüber hinweg und zertrümmerte es vollständig. Dem Fahrer des Rades, dem Bundeskultursekretär Karl Horst, war es gelungen, sich teilweise zu werfen. So kam er glücklicherweise mit Hautabrischen davon. Trotzdem Publikum und Polizei bemerkt waren, das Auto anzuhalten, gelang es dem Fahrer doch, die Revaler Straße hinabzufahren, in die Warschauer Straße einzubiegen und zu entkommen. Trotz der allgemeinen Aufregung gelang es wenigstens die Nummer des Wagens festzustellen, es trug die Nummer A. I. 14537. Bei dem zuständigen Polizeirevier wurde sofort Strafanzeige gestellt. Der rücksichtslose Fahrer wird seiner Strafe nicht entgehen. Die zwei angefahrenen Personen mußten in das Krankenhaus geschafft werden.

## Widerliche Verleumdungen des Reichsbanners.

In steigendem Umfang und immer frecher werdendem Ton werden von der rechtsstehenden Presse, nicht zum wenigsten auch von den weniger bekannten völkischen Wochenblättern Angriffe auf das Reichsbanner unternommen. Diese Angriffe, so teilt der Vorstand Berlin-Brandenburg des Reichsbanners mit, bemühen sich, die Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold herabzusetzen oder über die Art und Bedeutung der Organisation bewußt falsche Nachrichten zu verbreiten. So wird in der letzten Zeit mit Vorliebe eine Mitteilung verbreitet, daß jedes Mitglied des Reichsbanners bei seinem Eintritt nicht nur Windjacke und Blaufappe kostenlos erhalte, sondern darüber hinaus noch ein bares Hundsgeld, das Anfangs 20 M., dann 40 M. und jetzt gar 60 M. betragen soll. Die Verbreiter dieser Gerüchte gehen dabei von ihren eigenen Prinzipien beim Aufbau der Wut- und Geheimorganisationen aus, deren Wachsen und Zusammenhalten ja nur durch geistliche Freibierspenden und dergleichen gesichert war, und sie können sich nicht vorstellen, daß sich große Massen nur um einer Idee willen um ein Banner scharen. Es ist selbstverständlich eine glatte Erfindung, daß die Mitglieder des Reichsbanners materielle Unterstützung erhalten. Auch Windjacke und Blaufappe muß sich jedes Mitglied auf eigene Kosten anschaffen und außerdem auch ein, wenn auch geringes Eintrittsgeld von 50 Pf. und die laufenden Monatsbeiträge zahlen. Hinzu dem Reichsbanner stehen nicht großkapitalistische Kreise wie etwa bei den Hülferorganisationen. Alles, was im Reichsbanner bisher geschaffen wurde, wurde aus den kleinen Beiträgen, mehr noch aber durch die unermüdete und aufopfernde Arbeit aller Mitglieder ermöglicht.

## Ein Lastauto als Stromföhrer.

Unter einer außerordentlich stürzenden, stundenlang anhaltenden Unterdrückung der elektrischen Stromzufuhr hatten infolge eines eigenartigen Unfalls am gestrigen Abend die westlichen und südlichen Vororte Friedmann, Wätersfelde, Pantow, Dahlem, Behmendorf, Grunewald und Mariendorf zu leiden. In der Wilhelm-Polewalski-Straße in Mariendorf war ein Lastkraftwagen

gegen einen mitten auf dem Fahrdamm stehenden Mast der elektrischen Hochspannungsleitung gefahren und hatte den Mast glatt umgebrochen. Durch den Sturz wurden zwei weitere Masten in Mitleidenschaft gezogen. Infolgedessen zerrissen sämtliche Drahtleitungen der Hochspannungsleitung, die den Strom von Frankfurt an der Oder aus dem Hochvoltwert Seeblig zuführt. Die Unfallsstelle wurde sofort gesperrt und der Strom durch andere Zuleitungen ersetzt. Die Wiederherstellung der Fernstromleitung wird erst in den nächsten Tagen erfolgen.

## Schluss mit der Schulzerstörung.

Das war des Tages eine gütlichst besichtigte Besprechung des Bundes entschiedener Schulförderer am Dienstag abend im Friedrich-Wilhelm-Realschulsaal in der Kochstraße. Von den schmutzigen Wänden der Schulaula grühten vergilbte Vorbeertränge mit schwarzweißen Schichten.

So also sieht es aus in unseren Schulen und noch schlimmer. Man lasse sich durch keinen Scheinraubbau täuschen, warnte als erster Redner Studienrat Schröder, die soziale Lage der Jugend ist schlimmer als je zuvor. Auf der anderen Seite hängt über der Lehrerschaft das Damoklesschwert der noch bis 1927 gültigen Abbauverordnungen, durch die man verhältnismäßig kein Geschicht freier Lehrer, sondern eine Schaar berufsunsicherer Stellenjäger heranzieht. Was soll noch „entschiedene Schulreform“, da doch die Schulreform eigentlich schon längst entschieden ist? fragte im Hinblick auf solche Verordnungen, im Hinblick auf die durch und durch reaktionäre Denkschrift des Ministerialrats Dr. Richard als nächster Referent Studienrat Dr. Müller. Diese Denkschrift, die versucht, aus der Finanznot eine pädagogische Tugend zu machen, versucht Zwang und Freiheit in der Erziehung zu vereinigen. Der ganze heimliche Kompromiß, der uns wieder alle möglichen Schulsysteme beherrst, geht von alten, überlebten Ideen aus, statt von der Realität des Heute und der Notwendigkeit des Morgen.

Was wir brauchen, sind wirkliche Gemeinwohlschulen, führte ergänzend Studienrätin Pantzen aus, indem sie von ihrer mühseligen Arbeit an den „Spenden-Reformschulen“ erzählte. Als die Behörden die wenigen kampfbereiten Lehrer, die fünfshundert Kinder zu wirklichen wertvollen Zeitgenossen hier erziehen wollten, völlig im Stich ließen, wandte sich eine Deputation um Hilfe direkt an den Kultusminister Böhm, der, bezeichnend genug, nur zu sagen mußte: „Aber ich bitte Sie, das ist ja ein vollkommenes Nuum!“ Heute sind von der ganzen Arbeit ein paar arbeitslose „religiöslose Sammelklassen“ übrig geblieben. „Das Nuum“ — das Neue! Das ist's, wogegen sich in diesem preußischen Beamten alles auflehnt, und wenn diesen verstaubten Stube- und Schulreformisten ihr Verstand zehnmal sagen müßte, daß dieser Widerstand die schlimmste aller Sünden, die Sünde wider den Geist ist, instinktiv würden sie sich dagegen wehren, weil sie mit dem Herzen nicht empfinden werden, was nottut. Genosse Professor Dettreich wies in großangelegtem Umfange den einzig möglichen Weg der Heilung: nicht Expansion, sondern Intensivierung der Wirtschaft verlangt nicht nur Erziehung zum Staats-, sondern auch Erziehung zum Weltbürger. Nicht Schulreformation, sondern Schulrevolution! Das war der Kern seiner begeisterten Rede.

Drei fast einstimmig angenommene Resolutionen und eine rege Aussprache bestätigten die erfreuliche Gemeinamtheit des Willens, daß es an der Kraft nicht fehle, wollen wir hoffen.

„Barmherzige Samariter“. Von epikurischen Krämpfen befallen wurde gestern abend der Koch Wilhelm L. aus der Stephanstraße. Er ging von seiner Arbeitsstelle durch die Bremer Straße nach Hause, als ihn kein Leiden erfasste. Ehe noch Polizeibeamte herbeieilen konnten, hatten schon „barmherzige Samariter“ sich feige angenommen. Sie hatten ihn in einen Hausflur getragen. Als der Unfall überstanden war, L. sich erholt hatte und sich nun nach Hause begeben wollte, mußte er feststellen, daß ihm seine Brieftasche aus der inneren Rocktasche entwendet worden war. In der Tasche befanden sich außer nemigem Geld seine Ausweispapiere, Steuerkarten u. a.

Feuer in der Friedrichshagen Straße. Aus noch nicht geklärt Ursache brach gestern abend im Hause Friedrichshagen Straße 4 in Halensee in einer Dachwohnung Feuer aus. Die sofort alarmierten Mühlendörfer und Schwanenbörfer Wehren griffen mit zwei C-Röhren ein. Starke Qualmentwicklung, die durch aufgestapeltes Gerümpel hervorgerufen wurde, verhinberte das Vorgehen der Wehren beträchtlich. Erst nach angelegter Arbeit gelang es, die Gefahr des Uebergreifens der Flammen auf den Dachstuhl zu beseitigen und das Feuer zu löschen. Eine noch unbekannte Dame rettete das dem Wohnungsinhaber gehörige Kind, das eingekerkert war.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Kameradschaft Prenzlauer Berg, Friedrichshagen und Mitte stellen heute abend 7/8 Uhr den Saal für ein Saalbau Friedrichshagen. Leitung Kamerad Rahl.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: kühl, wolfig, zeitweise auflockernd, einzelne leichte Regenschauer.  
Deutschland: Uebereil kühl und veränderlich mit leichten Regenschauern.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

- 11. Kreis. Tempelhofer, Mariensfelde und Fichtenlage. Die Jugendweitschule findet statt am Sonntag, 23. September, nachmittags 10 Uhr. Einblendungen am Sonntag, 22. August, nachmittags 3-4 Uhr, in Tempelhofer, Schul-Veranstaltung bei Lehrer Kurt Wittenberg.
- 12. Wätersfelde, Pantow, Grunewald, Mariensfelde und Fichtenlage. Gemeinamer Saalbau zum Königtag am Samstag, 22. August, abends 7 Uhr im Saalbau Friedrichshagen.
- 13. Wätersfelde, Pantow, Grunewald, Mariensfelde und Fichtenlage. Am Sonntag, 23. August, 7/8 Uhr, Frauenabend im Saalbau Friedrichshagen. Bericht vom Bezirkssekretariat, Prenzlauer Berg, Friedrichshagen und Mitte. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Grünauer Str., Versammlung, Vortrag des Genossen Schröder über „Rechts und Pflichten der Eltern“. Einblendungen Erziehung erfordern.

## Jugendveranstaltungen.

Schul- und Jugendvereine sind eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Die Veranstaltung findet am Sonntag, 23. September, nachmittags 10 Uhr im Jugendheim, Grünauer Str., statt.

## Sport.

### V. Rhön-Segelflug-Wettbewerb.

Fliegerlager Wassertrappe, 19. August. Auf der Wassertrappe stürmt und tost es weiter. Regen und Sturm wechseln ab mit Gewitter und Hagel. In der Nacht vom 18. zum 19. August erreichte der Sturm die seltene Stärke von 25 Metern in der Sekunde. Im Lager sind nunmehr 44 Segelflugzeuge eingetroffen, davon vier mit Motor: 1. Blume/Henning/Hannover auf „Hyabidi“ mit einem 2 Zylinder Siemens-Motor; 2. Bäumer-Hamburg auf seinem Einbieder mit einem englischen Douglas 8 PS-Motor; 3. Mariensfelde hat seinen No-Motor der Reichsdeutschen Maschinenfabrik Binneberg eingebaut, mit der Fertigstellung des englischen Douglas-Motors ist er beschäftigt; 4. Hans Frh. v. Scharrel auf „O. G. 1“ ist mit einem „No-Motor“ ausgerüstet. Für den 24. August, dem Tag des Kissingen Flugturniers, ist ein Ausflug von der Wassertrappe für Segelflugzeuge mit eingebautem Hilfsmotor ausgeschrieben. Auch in den frühen Morgenstunden stürmt es weiter, ohne daß die Meteorologen einige Aussicht auf besseres Wetter machen können. — Gegen drei Uhr hörten Sturm und Regen auf, das Wetter klarte sich bei böiger Winden. Es starteten: 1. Deppan-Königsberg auf seinem Doppelbieder, 2. Otto-Darmstadt auf Margarethe, 3. der Reformator Schul-Königsberg auf einer neuen Maschine. Es ist mehr wie bedauerlich, daß diese neue, äußerlich glänzende Maschine zu Bruch kam, zumal Schul sein Motorsegelflugzeug in Saalbau beim Ausprobieren des Motors zerschlagen hat.

# Gewerkschaftsbewegung

## Evangelische Gewerkschaften?

Ökologisch-vaterländische und kirchlich-soziale Kräfte scheinen sich die Hände zu erheben, um den christlichen Gewerkschaften einen Teil abzuspalten zu einer evangelisch-völkischen Richtung. Jeder die evangelische Gewerkschaftsbewegung berührt der Geschäftsführer des „deutschnationalen“ Arbeiterbundes in den „Kirchlich-sozialen Blättern“ (Herausgeber D. Rumm):

„Am Besten unseres Vaterlandes sind verschiedene Ansätze zu evangelischen Gewerkschaften vorhanden; Ebenso machen sich verschiedene Strömungen zu einer Wiederaufrichtung der kirchlich-sozialen Partei geltend, die zum Teil von Dr. Jaeger in Reichel getragen werden. Ein Zusammenschluß der kirchlich-sozialen Elemente innerhalb und außerhalb der deutschnationalen Volkspartei würde voraussichtlich für die Betonung des kirchlich-sozialen Moments im öffentlichen Leben von größter Bedeutung werden können.“

Den eigentlichen Drahtziehern bieten sich immer wieder Helfer an, Heberläufer, deren besondere Qualitäten sich in einer Herabsetzung der Gewerkschaften äußert, denen sie angehören, in denen sie jedoch aus Mangel an Fähigkeiten und Charakter nichts werden konnten. Für solche Leute hat man in der deutsch-völkisch-vaterländisch-geißelnden Bewegung besondere Verwendung, allein schon aus dem sehr einfachen Grunde, weil man andere nicht findet, die sich zu dem schmutzigen Treiben der Arbeiterzersetzung und des Arbeiterverrates hergeben.

Vorsitzender des Reichsbundes vaterländischer Vereine ist jetzt ein Herr Wilhelm Schmidt in Spandau, der in der „Arbeits-Zeitung“ darüber räsonniert, daß „in der Wirtschaft nicht die Einsicht und Erfahrung des allein das Risiko tragenden Unternehmers herrsche, sondern die Demokratie“ der Masse.

„Moralische Verantwortungslosigkeit und die Sucht am Zerfälligen und Ruinieren, daneben eine oft grenzenlose Schwachheit der sogenannten Gewerkschaftsführer“ scheinen keinen verhängnisvollen Zustand, den man als Zwangsbewirtschaftung des Staates und der deutschen Wirtschaft durch die Gewerkschaften bezeichnen muß!

Der Mann kann es noch zu etwas bringen. Er war — wie die „Germania“ erzählt, die sich in ihrer Nummer 341 mit den evangelischen Gewerkschaften befaßt — „vor noch kurzer Zeit christlicher Gewerkschaftler, erfüllt von einer grenzenlosen Sucht nach der Schwachheit eines Gewerkschaftsführers“. Es gelang ihm nicht, darum folgt er dem Zug der Zeit und wurde völkischer Agitator — aber große Ideen liegen ihm nicht; der Zustand der grenzenlosen Schwachheit des Beinahe-Gewerkschaftsführers hält bei ihm an, darum fällt er die Brust mit Hoch gegen das Vieh und teilt dies anderen mit im Mantel des Propheten.

Schmidt sucht eine Verbindung des christlichen Landarbeiterverbandes mit dem Reichsverband, der gleichfalls auf dem Boden der christlichen Weltanschauung beruhe. „Der Reichsverband ist auf der Grundlage der Berufszugehörigkeit, also der Wertgemeinschaft, aufgebaut, unter Ausschaltung besonderer Arbeiter- und Arbeitgeber-Gewerkschaften (!). Der Edele hofft, daß wir in nicht zu ferner Zukunft neben dem moralischen, auf den Klassenkampf beruhenden „freien“ deutschen Landarbeiterverband die Freude haben werden, das Zusammenwachsen des Zentralverbandes der Landarbeiter und des Reichslandarbeiterbundes zu einer vaterländischen Landarbeiterbewegung, unter dem Dache des Reichsverbandes die gesamten Angehörigen der Landwirtschaft zu einer wahren, also auf völkischer Grundlage beruhenden Volksgemeinschaft zu vereinen.“

Die „Germania“ nimmt von ihrem Standpunkt aus zu dem Treiben Stellung und sagt: „Wenn der evangelische Teil der christlichen Gewerkschaften in seiner erdrückenden Mehrheit meint, es sei besser evangelische Gewerkschaften zu gründen, dann soll man in Gottes Namen zur Tat schreiten. Stellt er sich aber nach wie vor auf dem Boden der Notwendigkeit interkonfessioneller Gewerkschaften, wie bislang — um die bekanntlich gerade von katholischer Seite so sehr gefürchtet und deren Anerkennung durchgefohrt wurde — so soll man dunklen Nachenschaften energisch entgegenstreiten, weil sie nur Zersplitterung in die Reihen der christlichen Gewerkschaften bringen. Und darauf scheint es wachen anzukommen. Man will die christlichen Gewerkschaften von dem verhängnisvollen Geist des Zentrums und seinen bösen Männern Erzberger und Birth, von Interventionismus und Demokratie befreien und sie als Persönlichkeitsträger eingliedern in den großen völkischen Befreiungskampf über den Rhein. Das sind die Hauptziele neuer Arbeiterführer.“

Deutschler wird die „Germania“ zum Schluß, indem sie den Dingen auf den Grund geht: „Genug damit, daß der „Deutsche“ politisch schon längst nicht mehr die Auffassung der erdrückenden Mehrheit der christlichen Gewerkschaftler vertritt — er löst täglich in zwei Lötchen, in einem deutschnationalen und einem völkischen, noch atademischem Rezept und gießt die Suppen in einen Teller, den er uns vorsetzt — müssen wir darauf bringen, daß in Dingen, die an die Grundlage unserer Bewegung gehen, gegenseitiges Vertrauen herrscht und Strömungen, die von gewisser Seite von außen zur Zersplitterung in die christlichen Gewerkschaften hineingetragen werden, ganz entschiedene Ablehnung finden.“

„Der Deutsche“ schüttelt in seiner Erwiderung den gelben Wilhelm Schmidt gründlich ab, der evangelische Gewerkschaften zugunsten seiner gelben Arbeitervereine verwerfe. Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter sei nach wie vor Herr Behrens, dessen vielseitige Tätigkeit jedoch seit längerem dahin geführt habe, daß er die Geschäftsführung des Verbandes seinem Stellvertreter überläßt.

Wenn es wirklich zur Bildung evangelischer und damit auch zur Bildung katholischer Gewerkschaften kommen würde, „wie es aufsehender die „Germania“ nicht ungern sieht“, so sei damit den katholischen Arbeitern am allerwenigsten gedient. Gerade die Arbeiter in der Schwerindustrie und in Bergbau seien überwiegend katholisch, ihre Arbeitgeber aber evangelisch.

Katholische Gewerkschaften würden von den Arbeitgebern „ohne Zweifel sofort als „ultramontanes Mach-

werk“ abgestempelt werden. Eine Erleichterung der Lage der katholischen Arbeiter bringe die Gründung evangelischer Gewerkschaften nicht.

Dem Hinweis auf seine Zweitsopfergerichte sucht der „Deutsche“ mit folgender Erklärung zu begegnen:

„Richtig ist, daß parteipolitisch der „Deutsche“ noch nie die überwiegende Mehrheit der Mitglieder befreit hat, weil er eben kein Parteiblatt ist und auch nicht sein kann.“

Die „Germania“ löste ihre Suppe in einem demokratischen und in einem sozialdemokratischen Topf und servierte sie gemischt als Zentrumsuppe.

Wir begnügen uns damit, diese Unstimmigkeiten zu registrieren.

Wenn der weitere Verkauf der Dinge wird unsere Auffassung als richtig erweisen, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft nicht noch konfessionellen Gesichtspunkten organisiert werden kann, sondern gleich der Interessenvertretung der Unternehmer lediglich vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit, im Sinne des Klassenkampfes, den das Unternehmertum der Arbeitnehmerschaft aufzwingt. Daß es dabei wieder mehr und mehr freiwillige Bundesgenossen in nationalitätlich-völkisch-geißelnden Arbeitergruppen findet, und unfruchtbar in den Kommunisten, ist ein ungesunder Zustand, den die deutsche Arbeitnehmerschaft überwinden muß.

## Die Gründung evangelischer Gewerkschaften abgelehnt.

Aus Barmen berichtet die Ill.: „Eine Versammlung von evangelischen Arbeiterführern nahm zu dem Versuch der Gründung evangelischer Gewerkschaften mit folgender Entschiedenheit Stellung:

„Zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen der rheinisch-westfälischen Gruppe der deutsch-evangelischen Gewerkschaften innerhalb der christlich-evangelischen Arbeiterbewegung und der evangelischen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens schloßen hinsichtlich der von der Schweiz ausgehenden Bestrebungen, evangelische Gewerkschaften zu gründen, den Beschluß, diesen Zersplitterungsbestrebungen ablehnend mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die evangelischen Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschaften und der evangelischen Arbeitervereine lehnen in der Gründung konfessioneller Gewerkschaften eine unnötige, arbeiterschädigende, unser Volk noch mehr zersetzende Tätigkeit. Sie fordern daher alle bewußt evangelischen Arbeiter auf, sich nach wie vor den bestehenden christlich-nationalen Gewerkschaften und evangelischen Arbeitervereinen anzuschließen, um ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen zu vertreten. Für die Wahrung der evangelischen Belange stehen die evangelischen Vertreter voll ein.“

„Bleibt noch die Frage, ob die katholischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften der arbeiterscheitenden nationalistischen Zweiererei weiterhin ruhig zusehen werden.“

## „Arbeitsvermittlung“ im nationalen Arbeitsnachweis.

In dem Arbeitsnachweis, den das „Nationale Gewerkschaftsblatt“ in der Kleinbeerenstraße 3 eingerichtet hat, haben sich im Laufe der Zeit Zustände herausgebildet, an deren Beseitigung die Öffentlichkeit ein dringendes Interesse hat. Es werden zurzeit dort Holzjäger vermittelt, die besonders für die Gegenden von Ruffin und dem Spreewald bestimmt sind. Man redet den Arbeitslosen vor, daß sie für den Tag 5 Goldmark erhalten sollen, daß Mittagbrot für 20 Pf. und Abendbrot für 10 Pf. zu erhalten wären, daß aber nur solche Leute vermittelt werden können, die Mitglied der Nationalsozialistischen Partei sind. Die Arbeitslosen müssen zuerst eine Gebühr von 80 Pfennig entrichten, wofür sie aber noch lange nicht Arbeit vermittelt erhalten. Sie müssen vielmehr durch zwei Bürgen ihre nationale Gesinnung beweisen lassen.

Bei dieser Sachlage muß man die Frage stellen, wie es möglich ist, daß das Landesarbeitsamt der Provinz Brandenburg ein derartiges Spiel mit den Arbeitslosen zulassen kann. Es wäre ferner auch interessant, zu erfahren, ob für die staatlichen Foren, für die der Nationale Arbeitsnachweis die Holzjäger anwirbt, wirklich nur Arbeitskräfte „mit nationalsozialistischer Gesinnung“ benötigt werden oder ob die dort befindliche Arbeit nicht allen Arbeitslosen zugänglich gemacht werden soll.

## Die Aussperrung bei Schebera beendet.

Zur Beilegung des Konflikts im Katofflerwerk Schebera in Tempelhof fanden am Dienstag Verhandlungen statt, die nach sechsständiger Dauer zu folgendem Einigungsorschlag führten:

Der Betrieb wird mit einer Belegschaft von 300 Mann aufgenommen. In dieser Zahl sind die Hilfsarbeiter und sonstigen Betriebsangehörigen ausschließlich der Angestellten mit einbezogen. Die Arbeitsmittigen werden vor Wiederaufnahme der Arbeit entlassen. Sollte sich bei der Wiederaufnahme der Arbeit ergeben, daß für einzelne Berufsarten infolge der Abwanderung nicht genügend Arbeitskräfte unter den Aussperrten vorhanden sind, so steht es der Firma frei, die fehlenden Kräfte anderweitig zu beschaffen. Die Firma verpflichtet sich bei allen bis zum 15. Oktober d. J. erforderlich werdenden Neueinstellungen, die noch Arbeitslosen der früheren Belegschaft heranzuziehen. Der Urlaubsanspruch bleibt nach Maßgabe der tariflichen Bestimmungen für jeden Einzelnen voll in Kraft. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit wird die Neumahl des Arbeiterrates in die Wege geleitet. Bis zur erfolgten Neumahl übernimmt der bisherige Arbeiterrat die Vertretung der Belegschaft als Verhandlungskommission.

Zur Neuregelung der Akkorde wird eine Akkordkommission eingesetzt. Die Akkordsätze werden in Verhandlungen mit der Betriebsleitung neu geregelt, wobei als Richtlinie für die zukünftigen Akkordarbeiten ein Verdienst von 25 Proz. über die Akkordbasis von 76 Pf. festgelegt werden soll. Demzufolge werden sich die eventuellen Abzüge für die einzelnen Berufsarten ergeben. Die Fahrgehaltvergütung, die bisher pro Arbeitswoche 1,80 M. betrug, wird zunächst auf 1 M. ermäßigt. Vom 1. Oktober ab soll jedoch eine Erhöhung auf täglich zwei Straßenbahnfahrten vorgenommen werden. Die Firma verpflichtet sich, falls sich die wirtschaftliche Lage bessert, auch schon vor diesem Zeitpunkt die erhöhte Fahrgehaltvergütung zu gewähren.

Einer Versammlung der Aussperrten, die gestern abend tagte, lag dieser Einigungsorschlag zur Beschlußfassung vor. Nach

eingehender Aussprache erfolgte schließlich die Annahme des Vorschlages gegen eine starke Widerheit. Die Arbeit wird entsprechend den Abmachungen am Donnerstag früh aufgenommen werden.

## Die Unternehmer in Ost-Oberschlesien.

Kaum ist der Streik beendet, den die Unternehmer vom Jaun gebrochen haben, versuchen sie erneut, ihren Herrschaftspunkt rücksichtslos durchzusetzen. Die Industriellen Oberschlesiens haben am 19. August beschlossen, ihre Zulage über die Wiedereinstellung der Arbeiter zurückzuziehen. Alle Arbeiter sollten ohne Ausnahme wieder eingestellt werden. Die Industriellen jedoch wollen die Arbeiterzahl um 5 Proz. verringern. Die Regierung hat diesen Vorschlag verworfen, da er 15000 Arbeiter erwerbslos machen würde.

In London streifen die Verleger auf den Hauptbörsenmärkten. Die Hofenarbeiter unterstützen den Streik und haben verschiedene Obst- und Gemüseladungen aufgehoben.

Küftung, Zimmer! 6 Uhr nachmittags 5 Uhr im Kolonialhof, Kolonialstraße 11/12: Betriebsratswahlprüfung. Schließen alle Betriebsräte des Holz-, Beton- und Tiefbauvereins in Pflicht! — Der Vorstand.

# Wirtschaft

## Weltkohlenwirtschaft.

Der Reichskohlenrat und der Reichskohlenverband haben eine Statistik aufgestellt über die Steinkohlenförderung auf der Erde. Danach betrug die Ausbeute an Steinkohlen im Jahre 1923 insgesamt 118,39 Millionen Tonnen. Im Jahre 1913 war die entsprechende Zahl 121,79 Millionen Tonnen, also mehr als 1923. Gegenüber dem Jahre 1922 mit 103,6 Millionen Tonnen bedeutet das Jahr 1923 eine Steigerung um 14,8 Proz. Die hauptsächlichsten Länder der Steinkohlenförderung im Jahre 1923 waren: die Vereinigten Staaten von Amerika mit 53,5 Millionen Tonnen, Großbritannien mit 28,6, Deutschland in seinem perferierten Gebiet mit 62,2, Frankreich ohne Elsch-Lothringen mit 33,5, Ost-Oberschlesien (jetzt polnisch) mit 26,5, Japan mit 25,4, Belgien mit 22,9 Millionen Tonnen. Interessant ist die Verschiebung zwischen Europa und Amerika hinsichtlich ihres Anteils an der gesamten Steinkohlenförderung der Erde. Im Jahre 1913 war Europas Anteil größer als der Amerikas, nämlich 49,9 gegenüber 43,7 Proz. Im Jahre 1923 war das Verhältnis umgekehrt, indem jetzt Europas Anteil kleiner ist als der Amerikas: 41,6 gegenüber 50,3 Proz. In dem Rückgang der Gesamtfördermenge von 1923 gegenüber 1913 und in dem Uebergewicht, das Amerika erlangt hat, äußern sich die Folgen des Weltkriegs.

Die Braunkohlenförderung auf der Erde betrug im Jahre 1923 insgesamt 151,7 Millionen Tonnen (1913 125 Millionen Tonnen). Hier steht Deutschland mit 118,3 Millionen Tonnen an weitaus erster Stelle. Es folgen die Tschechoslowakei mit 16,2, Ungarn mit 6,3, Kanada mit 2,8, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 1,7, Italien mit 1,2 Millionen Tonnen.

Die Kohlenförderung des Deutschen Reichs zeigte in den Jahren 1913 und 1923 folgende Zahlen:

	1913	1923
Steinkohlen	100,1 Million. Tonnen	62,2 Million. Tonnen
Braunkohlen	87,2	118,2

Die gewaltige Verminderung der Steinkohlenausbeute in Deutschland ist eine Wirkung des verlorenen Krieges, der uns zur Abtreibung von Ost-Oberschlesien und des Saargebiets gezwungen hat und der zur Verringerung des Ruhrgebietes im Januar 1923 führte.

Schließlich sei die Kohlenförderung auf der Erde noch in Parallele gestellt zu der gesamten Erdöl- (Petroleum-) Gewinnung. Die letztere betrug im Jahre 1923 insgesamt zirka 127 Millionen Tonnen. Zum Vergleich sei der Wärmegehalt von 1 Kilogramm Steinkohle gleich dem von 3 Kilogramm Braunkohle und gleich dem von 1/2 Kilogramm Erdöl gesetzt. Dann stehen den im Jahre 1923 insgesamt gefördert 118,39 Millionen Tonnen Steinkohle an Wärmegehalt gegenüber: 50,6 Millionen Tonnen Braunkohle und 191 Millionen Tonnen Erdöl. Die Steinkohlen haben also noch immer das Hauptmaterial der Wärmewirtschaft auf der Erde.

Die Menge der geförderten bzw. verbrauchten Brennstoffe wird häufig als einer der Bemessungsmaßstäbe zur Beurteilung der ökonomischen Lage in den verschiedenen Ländern benutzt. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die bloße Tonnenzahl an sich nur einen verhältnismäßig oberflächlichen Einblick gewährt. Wenn es in Deutschland noch zahlreiche Dampfmaschinenanlagen gibt, die zur Erzeugung von einer Pferdekraftstunde mehr als 2 Kilogramm Steinkohlen benötigen, während in England und Amerika bereits Großkraftwerke vorhanden sind, die eine Pferdekraftstunde aus weniger als 1/2 Kilogramm Steinkohle herstellen, so zeigt dies, daß es für den Wohlstand eines Landes nicht allein auf die Menge der Brennstoffförderung ankommt, sondern ebenso sehr auf die Güte der Brennstoffwirtschaft. Große Unterschiede ergeben sich auch aus den verschiedenen Methoden der Ausnutzung der Brennstoffe. Man kann die Kohlen zum Zwecke der Energieerzeugung oder Wärmeenergieerzeugung einfach verbrennen, d. h. verfeuern, man kann sie aber auch vergasen bzw. verflüchten und sie weiter zu chemischen Produkten (Ammoniak, Benzol, Farben, Arzneimitteln usw.) verarbeiten. Nachdem Deutschland durch den Weltkrieg einen großen Teil seiner Kohenschätze eingebüßt hat, müssen wir danach streben, den uns verbliebenen Rest soweit als möglich nützlich und zweckmäßig zu verwenden.

Dr. R.

Verantwortlich für Politik: Carl Krüger; Wirtschaft: Felix Gelsenow; Gewerkschaftsbewegung: Friede; Schulen: Friedrich R. A. Wöhrer; Polizei und Sozialpolitik: Fritz Karshaus; Anzeigen: Dr. Gloger; (ähnlich in Berlin). Verlag: Hermanns-Druck G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeseh. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel  
Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

In 1/2 Stunde werden Sie von der so lästigen **Wanzen-Plage** befreit!  
unser Brut befreit bei Gebrauch und richtiger Anwendung meines als unentbehrlich anerkannten Spezial-Mittels. Preis 1 L. — M. Georn Schwaben, Aussen, Insekten u. Flöhe u. Motten nebst Brut helfen nur meine als vorzüglich anerkannten Spezial-Mittel, in Schachteln 1. — M.  
Spezial-Mittel gegen Blausäure, Blattläuse, Obst-Motten und Nähnerrisse, usw. 1. — M.  
Spezial-Mittel gegen Blattläuse, Blattläuse, Obst-Motten usw. 1. — M.  
Spezial-Mittel gegen Kalkbeine, Kammerflöhe, usw. 1. — M.  
Nur allein echt bei Arth. Nöthke, Berlin N 31, Swinemünder Str. 41

Adolf Hoffmann  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark, Boote 3 Pfennig.  
zu beziehen durch  
**H. Hoffmann,**  
Berlin O. 17, Rappstr. 6, II.  
Telefondr. 130 46 L.

**Zähne 1 2 G.-M. Teilzahlung**  
restant b. a. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echtes Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Betäub. 1 G.-M. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.  
**Harvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.**  
Vorzeiger 10% Rabatt.

**2 Mark wöchentl. Teilzahlung**  
Eleg. Herren-Garderobe  
fertigt und nach Maß  
Garantie für tadelloser Sitz u. Verarbeitung  
Maßschneider **J. Kurzberg**  
Oranienstraße 160, I.  
Bin zurückgekehrt!  
**Dr. Wockenfuß, Spezialarzt**  
für Syphilis, Haut- und Frauenleiden  
Friedrichstr. 125 vorn I, Spr. 12-1, 6-7.

**Hosen Hosen**  
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale.  
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preiswert.  
**München-Gladbacher Hosen-Zentrale**  
Rügener Str. 25 (nahe Gesundbr.)  
Blauer Laden — Fahrgeldvergütung

**Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken**  
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie Glusen  
kaufen Sie am besten und billigsten direkt vom Fabrikanten  
Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf!  
**Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27**

**TRAURINGE**  
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät. nur bill. Preisberecht.  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202  
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.  
Teleph. Lichtenberg 322

**HOLZHAUSER**  
von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Gerögen etc. liefert preiswert kundentreu.  
**Holzhausbau Littmann**  
134, Lützowstraße 91/93  
Berlin SW 27  
**Sternzwirne, gute Zwirne**  
Defenitzer, Gummihandl., Rummel, Gentel u. f. Ruyguren, weit unter Tagespreis.  
**Güster, Deuthstraße 15, Refur 6881**

**Gabardine**  
130 br. r. Wolle  
8.50 M., 9.75 M.  
Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unterm.  
**Haarpuder**  
Schönberg, Galtstr. 2  
a. d. Grünwalderstr.